

**HERBERT
MODRITZKY**

Vorsitzender Stellvertreter der
Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen
und Pflichtschullehrer

**Schenkenstraße 4/5
1010 Wien
Tel.: 534 54/435 DW**

FSG*Fraktion Sozialdemokratische GewerkschafterInnen*

BMUKK

Herrn MinRat Dr. Gerhard MÜNSTER

Minoritenplatz 5

1014 Wien

Wien, 05.10.2007

Betreff: **Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulorganisationsgesetz
geändert wird;
STELLUNGNAHME**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft der Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer begrüßt grundsätzlich den vorliegenden Entwurf, setzt er doch Akzente zur Beseitigung der ungleichen Verteilung der SchülerInnenströme im Mittelstufenbereich.

Internationale Untersuchungen bescheinigen dem österreichischen Schulsystem wegen der zu frühen Schullaufbahnentscheidung eine höchst sozial selektierende Wirkung, sodass zur Nutzung aller humanen Ressourcen unseres Staates dringender Handlungsbedarf besteht. Der vorliegende Entwurf trägt diesem Umstand Rechnung.

Die schulpartnerschaftlich befürworteten Schulversuche der Schulverbünde in Wien und Graz haben sich schon lange bewährt und es ist nun an der Zeit, diese positiven Erfahrungen in einem größeren Umfeld zu evaluieren. Mit der vorliegenden Möglichkeit, Modellregionen schaffen zu können, wird diesem Ansinnen Rechnung getragen.

Die Bestimmung im § 129 Abs. 2, dass in zumutbarer Entfernung zur Modellregion Hauptschulen in erforderlicher Zahl bestehen müssen, läuft dieser Intention zuwider und lässt eine weitere Aufgliederung unseres Schulsystems befürchten. Daher ist diese Forderung ersatzlos zu streichen.

Die Fraktion Sozialdemokratischer PflichtschulgewerkschafterInnen zeigt Verständnis für die Notwendigkeit, Modellregionen rasch einführen zu wollen. Um diese zu einem Erfolg werden zu lassen, erscheint aus Sicht der Interessensvertretung eine dienst-, besoldungs- und arbeitszeitrechtliche Angleichung aller in der „Neuen Mittelstufe“ tätigen LehrerInnen auf hohem Niveau unerlässlich. Diesbezüglich sind sofortige Verhandlungen aufzunehmen.

- 2 -

Darüber hinaus ist für die nahe Zukunft die gleiche universitäre Ausbildung für alle LehrerInnen zu schaffen.

Die angeführten Rahmenbedingungen erfordern das Bekenntnis, dass die Ressourcenausstattung der Schulen in den Modellregionen den geforderten pädagogischen Zielsetzungen (Individualisierung des Unterrichts, zeit- und bedarfsgerechte Unterrichtsformen, Förderung der Kreativität, soziale Integration, Begabungs- und Begabtenförderung) unbedingt Rechnung tragen muss.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Modritzky e.h.
Vors.Stv. der BL 10

Friedrich Jaki e.h.

F.d.R.d.A.: *Wintner*